

**Die Entwicklung des
aggregierten Privatvermögens
und seine Verteilung
in Deutschland seit 1970**

Arbeitspapier Nr. 30

*Holger Stein,
Johann-Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main*

Januar 2002

Inhaltsverzeichnis

1 EINFÜHRUNG.....	3
2 ERGEBNISSE DER FINANZIERUNGSRECHNUNG DER DEUTSCHEN BUNDESBANK.....	4
3 ERGEBNISSE DER EINKOMMENS- UND VERBRAUCHSSTICHPROBEN.....	7
3.1 DIE EINKOMMENS- UND VERBRAUCHSSTICHPROBE ALS DATENQUELLE	7
3.2 DIE ENTWICKLUNG VON GESAMTWERTEN DES VERMÖGENS.....	9
3.3 DIE UNGLEICHHEIT DER VERMÖGENSVERTEILUNG.....	14
4 ZUSAMMENFASSUNG.....	17

Die Entwicklung des aggregierten Privatvermögens und seine Verteilung in Deutschland seit 1970

Holger Stein, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main

1 Einführung

Das Vermögen privater Haushalte ist ein möglicher Indikator für den Wohlstand einer Gesellschaft und einzelner Gesellschaftsmitglieder. In erster Linie wird bei der Messung des Wohlstandes von Gesellschaften jedoch auf das Einkommen Bezug genommen. Als Grund hierfür kann erstens die Eigenschaft von Einkommen genannt werden, dass es als Stromgröße direkt zur Abdeckung des lebensnotwendigen Bedarfs eingesetzt werden kann. Zweitens ist das Einkommen eine Größe, die leichter ermittelt werden kann als andere Indikatoren, die ebenfalls den Wohlstand einer Gesellschaft beeinflussen (wie beispielsweise die Gesundheit oder die Zufriedenheit). Und drittens ist das Einkommen eine Variable, für die vergleichsweise viele Datenerhebungen existieren.

Das im Rahmen der hier vorgestellten Analyse behandelte Vermögen einer Gesellschaft auf der Ebene von Privathaushalten und insbesondere seine Verteilung kann in diesem Zusammenhang jedoch ergänzende Informationen liefern. Denn ein vorhandenes Vermögen als Bestandsgröße könnte in vielen Fällen veräußert werden und somit als Einkommen bzw. Einkommensersatz dienen, falls die Notwendigkeit zur Abdeckung von Bedarfssituationen besteht. Somit stellt das Vermögen eine zusätzliche potentielle Dispositionskraft dar¹.

Ziel des hier vorliegenden Beitrages ist es, die Entwicklung des aggregierten Vermögens privater Haushalte in Deutschland anhand von zwei unabhängigen Datenquellen seit 1970 aufzuzeigen. Weiterhin soll die Verteilung des Nettovermögens innerhalb der Haushalte untersucht werden, um der Frage nachzugehen, ob es in den letzten 30 Jahren eine Tendenz zu einer eher gleichmäßigeren oder ungleichmäßigeren Vermögensverteilung im Haushaltssektor in Deutschland gegeben hat.

Jedoch gibt es über das Vermögen und seine Verteilung nur eine – verglichen mit dem Einkommen – schlechte und kaum ausgebaute Informationsbasis. So kommen für die Bundesrepublik Deutschland für die Betrachtung längerer Zeiträume nur die zwei verwendeten Datenquellen in Betracht:

¹ Eine ausführliche Abgrenzung und Untersuchung der Begriffe Einkommen und Vermögen findet sich bei Hauser 2001, 157ff.

Erstens sind dies die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung. Sie ist Teil der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Im Rahmen dieser makroökonomischen Untersuchung der Deutschen Bundesbank werden die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsvorgänge aufgezeigt. Außerdem werden Bestandswerte für einzelne Vermögensarten privater Haushalte aufgeführt, die Auskunft über die Entwicklung der Vermögensaggregate geben können.² Zweitens können die Datensätze der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) des Statistischen Bundesamtes für Analysen auf mikroökonomischer Ebene verwendet werden. Auf die Besonderheiten dieser Datenquelle wird im Abschnitt 3.1 eingegangen werden. Insgesamt muss angemerkt werden, dass die statistischen Datengrundlagen nur eingeschränkter Aussagegehalt erreichen, da sie teilweise nicht das gesamte Vermögen privater Haushalte erfassen. Auch ist die direkte Vergleichbarkeit von Untersuchungen verschiedener Autoren nur bedingt gegeben, da teilweise unterschiedliche Vermögensbegriffe verwendet werden.³ Trotzdem soll hier der Versuch unternommen werden, die Vermögensentwicklung privater Haushalte in Deutschland in den letzten 30 Jahren aufzuzeigen.

2 Ergebnisse der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank

Auf der makroökonomischen Ebene ermittelt die Deutsche Bundesbank Werte für das Vermögen der privaten Haushalte. Diese Ergebnisse sind Teil der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank und werden als Bestandswerte einzelner Jahre ausgewiesen. Problematisch ist hierbei, dass im Zeitverlauf teilweise unterschiedliche Abgrenzungen des Sektors der privaten Haushalte vorgenommen, sowie einzelne Vermögensarten überhaupt nicht ausgewiesen wurden (vgl. Anmerkung zu Tabelle 1). Daher endet die hier vorgestellte Zeitreihe der Tabelle 1 auch im Jahr 1997.

In dieser Tabelle 1 wird das Vermögen der privaten Haushalte der Bundesrepublik Deutschland für den Zeitraum von 1970 bis 1997 dargestellt. Hieraus wird erkennbar, dass das Bruttovermögen von einem Wert von etwas über 1,5 Billionen DM im Jahr 1970 auf fast 14 Billionen DM im Jahr 1997 angestiegen ist. In diesem Zeitraum von 27 Jahren ist das Bruttovermögen somit nominal auf den 9,03fachen Wert angewachsen.

Tabelle 1: Vermögen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis 1997 auf Basis der Finanzierungsrechnungen der Deutschen Bundesbank

² Vgl. Heinelt 1994, 130ff.

³ Einen umfassenden Überblick über Veröffentlichungen, die sich bis zum Jahr 1997 mit dem Vermögen privater Haushalte befassen, gibt Ring 2000, 201ff.

Vermögen privater Haushalte					
	Angaben in Mrd. DM ¹				
Bezugsjahr	1970 ^{a6}	1980 ^{a6}	1990 ^b	1993 ^b	1997 ^b
Immobilienvermögen ²	811	2402	5.082	6.055	7.092
Gebrauchsvermögen ³	209	617	1.123	1.399	1.618
Geldvermögen ⁴	518	1475	3.077	3.933	5.176
= Bruttovermögen	1.538	4.494	9.281	11.388	13.885
- Verbindlichkeiten ⁵	207	615	1.072	1.343	1.793
= Nettovermögen	1.331	3.879	8.209	10.045	12.092

1 Die Werte für 1990, 1993 und 1997 beziehen sich auf Gesamtdeutschland.

2 Wohnbauten (nach Berücksichtigung der Abschreibungen) und anteilige Grundstücke zu Wiederbeschaffungspreisen bewertet.

3 Bewertet zu Wiederbeschaffungspreisen abzüglich Abschreibungen.

4 Darunter sind die Wertpapiere bewertet zu Tageskursen.

5 Bestehend aus Konsumenten- und Wohnungsbauschulden.

6 Die Werte umfassen in diesen Jahren auch die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Anmerkung: Die aktuelleren Ergebnisse der Finanzierungsrechnung für das Jahr 1999 beinhalten auch das umfassendere gewerbliche Vermögen und entsprechende Verpflichtungen. Die Resultate für das Jahr 2000 weisen keine Werte für das Immobilienvermögen aus. Aus Gründen der Vergleichbarkeit werden diese aktuelleren Daten nicht aufgeführt.

Quelle: a) Deutsche Bundesbank 1993, 31 und b) Deutsche Bundesbank 1999, 43.

Die Verbindlichkeit der privaten Haushalte - bestehend aus den Konsumenten- und Wohnungsbauschulden - sind in dieser Periode von 200 Mrd. DM auf ungefähr 1,8 Billionen DM gestiegen. Daher entspricht die Höhe des Wachstums der Verbindlichkeiten in etwa derjenigen des Bruttovermögens. Die Quote der Verbindlichkeiten gemessen am Bruttovermögen ist mit etwa 13 Prozent über den Zeitraum hinweg vergleichsweise konstant geblieben. Dementsprechend haben auch die Nettovermögen seit 1970 auf den 9,08fachen Betrag zugenommen, so dass die gesamten Nettovermögen privater Haushalte im letzten ausgewiesenen Jahr fast 12,1 Billionen DM erreichten. Die prozentuale jährliche Zunahme hat somit etwa 8,5 Prozent betragen.

Ein Blick auf die Anteile einzelner Vermögensarten am Bruttovermögen von 1970 bis 1997 zeigt eine vergleichsweise hohe Stabilität. So betrug der Anteil des Immobilienvermögens am Bruttovermögen im Jahr 1970 52,7 Prozent. 27 Jahre später liegt der Vergleichswert mit 51,1 Prozent immer noch auf einem vergleichbaren hohen Niveau. Diese Prozentwerte sind ein erster Hinweis auf die große Bedeutung des Immobilienvermögens für das Gesamtvermögen privater Haushalte in Deutschland. Die zweitwichtigste Vermögensart bildet das Geldvermögen. Hier kann für die Untersuchungsperiode eine leichte Zunahme der Bedeutung konstatiert werden. Lag der Anteil des Geldvermögens am Bruttovermögen im Jahr 1970 noch bei 33,7 Pro-

zent, so beträgt der entsprechende Wert im Jahre 1997 schon 37,3 Prozent. Das Gebrauchsvermögen als dritte hier ausgewiesene Vermögensart ist mit 13,6 Prozent am Anfang der Untersuchungsperiode und 11,7 Prozent am Ende vergleichsweise unbedeutend. Diese Vermögensart wird bei den später vorgestellten Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichproben nicht in die Untersuchung einbezogen werden.

Insgesamt hat sich somit bei einer rein makroökonomischen Betrachtungsweise eine erhebliche Steigerung des Gesamtvermögens privater Haushalte ergeben, die von einer hohen strukturellen Konstanz bezüglich einzelner Vermögensarten geprägt ist.

Die festgestellte erhebliche Zunahme der Vermögenswerte in den letzten Jahren ist nicht nur nominal geschehen, sondern kann auch im Vergleich zur Entwicklung des Bruttosozialprodukts bzw. des Volkseinkommens beobachtet werden (Tabelle 2).

Tabelle 2: Nettovermögen der privaten Haushalte im Vergleich zum Bruttosozialprodukt und zum Volkseinkommen in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis 1997

Bezugsjahr	Angaben in Mrd. DM ¹			
	1970 ²	1980 ²	1993	1997
Nettovermögen	1.331 ^a	3.879 ^a	10.045 ^b	12.092 ^b
Bruttosozialprodukt ^c	676	1.477	3.249	3.659
Volkseinkommen ^c	530	1.140	2.456	2.766
Relation Nettovermögen zu Bruttosozialprodukt	1,97 : 1	2,63 : 1	3,09 : 1	3,30 : 1
Relation Nettovermögen zu Volkseinkommen	2,51 : 1	3,40 : 1	4,09 : 1	4,37 : 1

¹ Die Werte für 1993 und 1997 beziehen sich auf Gesamtdeutschland.

² Die Werte des Nettovermögens umfassen die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Anmerkung: Die Angaben sind Nominalwerte. Das Bruttosozialprodukt entspricht dem Bruttonationaleinkommen und das Volkseinkommen dem Nettonationaleinkommen zu Faktorkosten (Statistisches Bundesamt 2000, 16f).

Quelle: a) Deutsche Bundesbank 1993, 31, b) Deutsche Bundesbank 1999, 43, c) Statistisches Bundesamt 1999, 666.

Aus der Tabelle 2 ist erkennbar, dass das Verhältnis von Nettovermögen zu Bruttosozialprodukt im Jahr 1970 noch 1,97:1 betrug. 27 Jahre später ist mit einer Relation von 3,30:1 ein - im Vergleich zum Bruttosozialprodukt gesehen - wesentlich höherer Vermögensbestand festzustellen. Die gleiche Entwicklung mit etwas höheren Verhältniswerten ergibt sich bei der Betrachtung des Nettovermögens in Relation zum Volkseinkommen. Lag der entsprechende Wert am Anfang der Untersuchungsperiode noch bei 2,51:1, so erreicht das Nettovermögen im Jahre 1997 schon den 4,37fachen Wert des entsprechenden Volkseinkommens.

Diese Werte können dahingehend interpretiert werden, dass seit 1970 eine erhebliche Ersparnisbildung und auch eine reale Wertsteigerungen der Vermögen privater Haushalte stattgefunden haben. Jedoch sagen diese Ergebnisse nichts darüber aus, ob alle Haushalte in Deutschland von dieser Entwicklung profitieren konnten. Zur Beantwortung dieser Frage werden im folgenden Abschnitt in ausführlicher Form die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben des Statistischen Bundesamts vorgestellt.

3 Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

3.1 Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe als Datenquelle

Die Einkommens- und Verbrauchsstichproben des Statistischen Bundesamts der Bundesrepublik Deutschland werden seit dem Jahr 1962/1963 in fünfjährigem Abstand durchgeführt. Im Zentrum der Befragung stehen sämtliche Einnahmen, Ausgaben und in den späteren Jahrgängen die Vermögenswerte privater Haushalte. Ziel der EVS ist es, Informationen zur Beurteilung der Einkommenssituation, der Vermögenslage und der Verbrauchsverhältnisse der Gesamtbevölkerung zu ermitteln.

Die Bereitschaft zur Teilnahme an der Befragung ist nicht bei allen Bevölkerungsgruppen gleich stark ausgeprägt. So sind Haushalte von Selbstständigen, Landwirten und Arbeitern in geringerem Maße zur Teilnahme bereit als dies die Haushalte von Beamten oder Angestellten sind. Auch sind vergleichsweise wenige Haushalte mit nur einer Person und wenige Haushalte mit sehr niedrigen oder sehr hohen Einkommen vertreten. Um diesen Mittelschichtbias auszugleichen, werden Hochrechnungsfaktoren verwendet, die auf der Basis der 1%-Mikrozensusserhebung berechnet wurden.⁴

Als weiteres Problem sollte erwähnt werden, dass nicht alle Bevölkerungsgruppen in die Untersuchung einbezogen sind. So sind Personen, die in Einrichtungen leben, wohnungslose Personen und Haushalte mit sehr hohen monatlichen Nettoeinkommen nicht in der Untersuchung ausgewiesen. Für die letzte genannte Gruppe lag die Fallzahl so niedrig, dass das Statistische Bundesamt für die jeweiligen Untersuchungen eine Abschneidegrenze eingeführt hat.⁵ Insbesondere das Fehlen dieser Haushaltsgruppe führt zu einer Untererfassung der Vermögenswerte in der EVS. Auf diese Problematik wird später eingegangen werden.⁶

⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt 1994, 65ff. und Statistisches Bundesamt 1997, 7ff.

⁵ Diese Abschneidegrenze ist im Zeitverlauf angehoben worden. Sie lag für die EVS 1973 bei 15.000 DM, 1978 bei 20.000 DM, 1983 sowie 1988 bei 25.000 DM und 1993 sowie 1998 bei 35.000 DM (Statistisches Bundesamt 1994, 17 und Hauser/Stein 2001, 160).

⁶ Vgl. Hauser/Stein 2001, 40.

Auch stellt sich noch das Problem, dass nicht in jedem Untersuchungsjahrgang die gleichen Vermögensfragen gestellt wurden. So werden die Verkehrswerte von Immobilienvermögen erst seit dem Jahr 1993 erfragt. Im Rahmen der vorher erfolgten Befragungen wurde nur ein steuerlich relevanter Einheitswert ermittelt, der von einzelnen Autoren mittels eines Umrechnungsfaktors in Verkehrswerte umgerechnet wurde.⁷

Schließlich wird das Betriebsvermögen in nur vergleichsweise geringem Umfang ermittelt. Es ist beispielsweise für die letzten drei Untersuchungen nur in Form des Zeitwertes von börsennotierten Aktien berücksichtigt worden. Insbesondere das Produktivvermögen ist jedoch ausgesprochen ungleich verteilt. Dies führt im Endergebnis zu einer Unterschätzung der Ungleichheit der Vermögensverteilung der hier vorgestellten Untersuchungen.⁸

Insgesamt ist eine direkte Vergleichbarkeit der bisher auf der Grundlage der EVS erstellten Untersuchungen nur bedingt gegeben. So werden von einzelnen Autoren teilweise divergierende Vermögensbegriffe verwendet oder unterschiedlich hohe Umrechnungsfaktoren benutzt. Im Rahmen dieses Beitrags wird versucht, möglichst vergleichbare Ergebnisse zu verwenden. Viele Untersuchungen beziehen sich ferner nur auf einen Jahrgang der EVS und sind einem speziellen Thema gewidmet.⁹

Seit dem Jahr 2000 gibt es jedoch verstärkt Ansätze, die Daten der EVS mehrerer Jahre im direkten Vergleich zu analysieren. (Bei der EVS handelt es sich um eine Querschnittsbefragung, so dass keine Panelanalysen möglich sind.) Zu nennen sind hier insbesondere die Untersuchungen von *Schüssler et al.* (2000), Ergebnisse des *Sachverständigenrats zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung* (2000) und von *Hauser/Stein* (2001). Alle drei Untersuchungen verwenden eng gefasste Vermögensbegriffe, die sich vor allem auf das Geldvermögen und das Immobilienvermögen konzentrieren (das Produktivvermögen wird wie erläutert zumindest in Form von börsennotierten Aktien einbezogen). Während die Untersuchung von *Schüssler et al.* sich auf die Jahre von 1978 bis 1993 bezieht, verwenden die Untersuchungen des *Sachverständigenrats* und von *Hauser/Stein* schon Ergebnisse der EVS 1998. Hierdurch können erste Rückschlüsse auf die Entwicklung in der ehemaligen DDR nach 1990 und damit nach der deutschen Wiedervereinigung gezogen werden.

⁷ Zur Bildung eines Umrechnungsfaktors, um die steuerlichen Einheitswerte für Haus- und Grundvermögen in Verkehrswerte umzurechnen, sei hier beispielsweise auf Schlomann 1992, 306 oder Schüssler et al. 2000, 71ff. verwiesen.

⁸ Dies wird von diversen Autoren dargelegt, wie beispielsweise von Mierheim/Wicke 1978, 68, Schlomann 1992, 157ff. und Hauser/Stein 2001, 41ff.

⁹ An dieser Stelle sei nur auf einige entsprechende Untersuchungen hingewiesen: Mierheim/Wicke 1978, Miegel 1983, Schlomann 1992, Thiele 1998, Ring 2000 und Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes beziehungsweise seiner Mitarbeiter. Eine Auswahl bisheriger Untersuchungen zum Vermögen privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland auf der Basis der EVS findet sich bei Hauser/Stein 2001, 193ff.

3.2 Die Entwicklung von Gesamtwerten des Vermögens¹⁰

In der Tabelle 3 wird die Entwicklung des Nettogesamtvermögens privater Haushalte auf der Basis der Daten von Einkommens- und Verbrauchsstichproben dargestellt. Aufgrund dieser Datenbasis ist eine Steigerung von 2,2 Billionen DM im Jahr 1973 auf 8,3 Billionen DM 25 Jahre später zu konstatieren. Auf zweierlei Aspekte soll nun an dieser Stelle besonders hingewiesen werden.

Tabelle 3: Nettogesamtvermögen privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland von 1973 bis 1998 auf Basis von Einkommens- und Verbrauchsstichproben

	Angaben in Mrd. DM				
Bezugsjahr	1973 ^a	1983 ^b	1988 ^c	1993 ^c	1998 ^c
Gesamtvermögen	2.207	3.601	3.881	7.664	8.314

Anmerkung: Der in den Untersuchungen verwendete Vermögensbegriff umfasst das Bruttogeld- und das Bruttoimmobilienvermögen abzüglich der Schulden für Konsumenten- und Wohnungsbaukredite. Das Gebrauchsvermögen ist nicht in die Vermögensberechnung einbezogen worden. Das Produktivvermögen ist bei den eigenen Berechnungen nur in Form von börsennotierten Aktien berücksichtigt worden. Bei Schüssler et al. ist teilweise zusätzlich das Betriebsvermögen Selbstständiger geschätzt worden. Mierheim/Wicke haben auf der Basis von steuerlichen Einheitswerten das Produktivvermögen in Verkehrswerte umgerechnet. Diese Autoren ermitteln einen Anteil des Produktivvermögens am Bruttogesamtvermögen von ca. 10 Prozent (Mierheim/Wicke 1978, 199).

Quelle: a) Mierheim/Wicke 1978, 60, b) Schüssler et al. 2000, 38 und 76 (eigene Berechnungen), c) eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank der Professur für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Verteilungs- und Sozialpolitik der Goethe-Universität Frankfurt a.M.

Erstens beträgt der Wert des Nettogesamtvermögens im Jahr 1998 nur das 3,8fache des Wertes von 1973. Zur Erinnerung sei nochmals darauf verwiesen, dass die Deutsche Bundesbank für den Zeitraum von 1970 bis 1997 eine Steigerung um 808 Prozent ausgewiesen hat. Zweitens umfassten die in der EVS für das Jahr 1993 ausgewiesenen Vermögen 7,7 Billionen DM. In der Tabelle 1 ist jedoch ablesbar, dass das Nettovermögen laut Deutscher Bundesbank einen Wert von über 10 Billionen DM erreichte. Selbst wenn man das in der EVS nicht berücksichtigte Gebrauchsvermögen in Höhe von 1,4 Billionen DM abzieht, verbleibt noch eine Differenz von fast 1 Billionen DM.

Welche Erklärungen gibt es für die zwei beschriebenen Effekte?

Zum einen ist davon auszugehen, dass die Vermögenswerte in den EVS untererfasst sind. Dies kann mit der Datenerhebung begründet werden, da die Angaben auf freiwilliger Basis erfolgen. Entscheidend dürfte jedoch auch sein, dass die einkommensstärksten Haushalte aus der Untersuchung ausgeschlossen sind und diese Haushalte über ein beträchtliches Vermögen verfügen. Zum anderen erscheinen die Werte der Untersuchung von 1973 der Autoren *Mier-*

¹⁰ Die eigenen Berechnungen beruhen auf einer 80prozentigen anonymisierten Unterstichprobe der EVS.

heim und *Wicke* im Vergleich zu den Ergebnissen der Deutschen Bundesbank relativ hoch, was mit der Verwendung hoch angesetzter Umrechnungsfaktoren und mit getroffenen Annahmen zusammen hängen dürfte. Festzuhalten bleibt jedoch, dass in diesem Bereich noch Forschungsbedarf existiert.

In der Tabelle 4 sind nun die jeweiligen Summen nur für die beiden Vermögensarten Nettogeld- und das Nettoimmobilienvermögen auf Basis von EVS-Untersuchungen seit 1973 dargestellt. Hierbei ist auch eine Unterscheidung für die Jahre 1993 und 1998 in West- und Ostdeutschland getroffen worden, um eine getrennte Analyse beider Landesteile zu ermöglichen. Erkennbar ist auch hier wiederum, dass das Immobilienvermögen eine zentrale Rolle für die Ausstattung von privaten Haushalten mit Vermögen spielt. Der Anteil des Nettoimmobilienvermögens an der Summe des Nettogeld- und Nettoimmobilienvermögens hat in Westdeutschland im Jahre 1983 mit 78 Prozent einen Höchststand erreicht und ist seitdem kontinuierlich auf 72 Prozent im Jahre 1998 gesunken. Entsprechend nahm die Bedeutung des Geldvermögens leicht zu.

Diese Entwicklung ist ebenfalls für die neuen Bundesländer zu konstatieren. Hier erreicht jedoch das Nettogeldvermögen bezogen auf die Summe aus Nettogeld- und Nettoimmobilienvermögen nicht einen Anteil von 28 Prozent wie in Westdeutschland, sondern von 39 Prozent und dies mit steigender Tendenz. Es bleibt jedoch anzumerken, dass die ostdeutschen Haushalte im Jahre 1998 nur über etwa 8,7 Prozent des gesamten Geld- und Nettoimmobilienvermögens in der Bundesrepublik Deutschland verfügen, obwohl diese Haushalte etwa 19 Prozent der Bevölkerung stellen.

Tabelle 4: Nettogeld- und Nettoimmobilienvermögen privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland von 1973 bis 1998 auf Basis von Einkommens- und Verbrauchsstichproben

	Nettogeld- und Nettoimmobilienvermögen						
Bezugsjahr	1973 ^a	1983 ^b	1988 ^c	1993 (West) ^c	1998 (West) ^c	1993 (Ost) ^c	1998 (Ost) ^c
Nettogeldvermögen in Mrd. DM	625	796	987	1.850	2.110	165	262
Nettoimmobilien- vermögen in Mrd. DM	1.312	2.805	2.894	5.312	5.537	337	406
Anteil des Geldver- mögens in %	32,2	22,1	25,4	25,8	27,6	32,8	39,2
Anteil des Immobili- envermögens in %	67,8	77,9	74,6	74,2	72,4	67,2	60,8

Anmerkung: Der vergleichsweise geringe Wert des Nettoimmobilienvermögens für das Jahr 1988 erklärt sich aus einem niedrigen Umrechnungsfaktor der steuerlichen Einheitswerte in Verkehrswerte.

Quelle: a) Mierheim/Wicke 1978, 107 (eigene Berechnungen), b) Schüssler et al. 2000, 38

(eigene Berechnungen) und 76, c) eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank der Professur für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Verteilungs- und Sozialpolitik der Goethe-Universität Frankfurt a.M.

Die Tabelle 5 zeigt die durchschnittlichen Nettogeld- und Nettoimmobilienvermögen sowie deren Summe je Haushalt für die Jahre von 1973 bis 1998 auf.

Erkennbar wird hierbei, dass es in Westdeutschland zwischen 1973 und 1993 zu einer sehr starken Steigerungen der Summen aus Nettogeld- und Nettoimmobilienvermögen gekommen ist. Die Durchschnittswerte pro Haushalt stiegen von 87.500 DM auf 255.300 DM und somit um circa 5,5 Prozent pro Jahr. Auffällig ist jedoch die vergleichsweise geringe Zunahme der Durchschnittswerte seit 1993, da die durchschnittlichen Vermögen in diesen fünf Jahren nur noch insgesamt um etwa drei Prozent angestiegen sind. Dies entspricht einer jährlichen Steigerung von nur 0,6 Prozent.

Tabelle 5: Durchschnittliches Nettogeld- und Nettoimmobilienvermögen je Haushalt in der Bundesrepublik Deutschland von 1973 bis 1998 auf Basis von Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Bezugsjahr	Angaben in DM					
	1973 ^a	1988 ^b	1993 (West) ^b	1998 (West) ^b	1993 (Ost) ^b	1998 (Ost) ^b
Nettogeld-vermögen	27.500	41.200	64.000	70.400	24.600	38.300
Nettoimmobilien-vermögen	60.000	120.900	183.700	184.900	50.500	59.500
Summe	87.500	162.100	247.700	255.300	75.100	97.800

Quelle: a) Mierheim/Wicke 1978, 250f. (eigene Berechnungen), b) eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank der Professur für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Verteilungs- und Sozialpolitik der Goethe-Universität Frankfurt a.M.

Anders stellt sich die Situation in Ostdeutschland dar. Ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau (verglichen mit Westdeutschland) von 75.000 DM im Jahr 1993 stieg der durchschnittliche Vermögenswert je Haushalt in nur fünf Jahren auf fast 98.000 DM und somit um über 30 Prozent an. Somit erreichten die Haushalte in Ostdeutschland im Jahr 1993 erst 29,4 Prozent des entsprechenden Wertes in Westdeutschland und fünf Jahre später schon 38,3 Prozent. Es ist daher eine deutliche Anpassungstendenz ostdeutscher Haushalte bei der Betrachtung des durchschnittlichen Haushaltsvermögens an die Werte westdeutscher Haushalte zu erkennen.

Diese Anpassungstendenz wird auch bei der Betrachtung der Eigentümerquote bezogen auf den Besitz von Haus- und Grundbesitz deutlich. Aus den Tabellen 1 und 4 konnte schon die Bedeutungen des Immobilienvermögens für die privaten Haushalte in Deutschland aufgezeigt werden. Allerdings ist es nicht so, dass alle deutschen Haushalte über Eigentum an Haus- und Grundbesitz verfügen. Dies verdeutlicht Tabelle 6, wobei die Darstellung für Westdeutschland nun schon mit Ergebnissen der ersten EVS aus den Jahren 1961/62 beginnt.

Tabelle 6: Anteil der privaten Haushalte mit Haus- und Grundbesitz von 1961/62 bis 1998 in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis von Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Bezugsjahr	1961/ 1962	1969	1973	1978	1983	1988	1993 (West)	1998 (West)	1993 (Ost)	1998 (Ost)
Eigen-tü- merquote in %	37,9	38,8	39,5	43,6	45,5	46,6	50,7	49,1	27,4	33,9

Quelle: Statistisches Bundesamt 1991, 37 (für die Jahre 1961/62 bis 1983) und eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank der Professur für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Verteilungs- und Sozialpolitik der Goethe-Universität Frankfurt a.M. (für die Jahre 1988 bis 1998).

Sichtbar wird ein kontinuierliches Ansteigen der Eigentümerquote an Immobilienvermögen von 37,9 Prozent im Jahr 1961/62 auf einen Spitzenwert von 50,7 Prozent im Jahr 1993. Erst im Jahr 1998 hat sich dieser Trend für Westdeutschland umgekehrt. Hier ist ein Absinken der Eigentümerquote im Jahr 1998 auf 49,1 Prozent zu beobachten. Zwei Gründe werden für diese wieder rückläufige Entwicklung in Westdeutschland genannt:¹¹ Einerseits scheint es im Jahr 1993 viele Haushalte in Westdeutschland gegeben zu haben, die nach der Wiedervereinigung erwarteten, dass ihnen Immobilienvermögen in den östlichen Bundesländern rückerstattet wird. Solche Restitutionsansprüche sind jedoch in den folgenden Jahren nicht im erwarteten Maße durchgesetzt worden. Andererseits gibt es in der Bundesrepublik Deutschland einen Trend hin zu Haushalten mit nur einer Person. Da diese Haushalte eine unterdurchschnittliche Eigentümerquote aufweisen, beeinflussen sie auch die Eigentümerquote für alle Haushalte und senken den Durchschnitt ab.

Anders gestaltet sich die Situation wiederum in Ostdeutschland. Hier betrug die Eigentümerquote im Jahr 1993 nur 27,4 Prozent und lag somit um 23 Prozentpunkte niedriger als der Vergleichswert in Westdeutschland. In den Jahren seit 1993 hat sich die Eigentümerquote an Immobilienvermögen jedoch stark erhöht. Sie liegt in den neuen Bundesländern nunmehr bei 33,9 Prozent. Auch hier kann wieder eine starke Tendenz zur Angleichung an die Verhältnisse in Westdeutschland beobachtet werden.

Die hier dargestellten Ergebnisse der Immobilieneigentümerquoten wirken direkt auf die Verteilung des Vermögens in Deutschland. Dies wird im folgenden Abschnitt dargestellt werden. Dieser Abschnitt wird sich auch der Frage widmen, ob alle deutschen Haushalte an den beschriebenen starken Steigerungen der Vermögenswerte partizipieren konnten.

¹¹ Vgl. Münnich 1999, 210 und Schüssler et al. 2000, 88.

3.3 Die Ungleichheit der Vermögensverteilung

In der Tabelle 7 werden die Anteile einzelner Quintile am gesamten Vermögen der privaten Haushalte dargestellt. Durch diese Darstellungsweise wird erkennbar, welchen Anteil am Gesamtvermögen jeweils 20 Prozent der Haushalte erreichen, wobei jene nach aufsteigender Vermögenshöhe geordnet sind. Die Betrachtung Westdeutschlands beginnt im Jahr 1973 und endet wiederum im Jahr 1998.

Tabelle 7: Quintilsdarstellung der Verteilung des Nettogesamtvermögens privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland auf Haushaltsebene von 1973 bis 1998 auf Basis von Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Bezugsjahr	Anteile der Haushalte am Nettogesamtvermögen in %						
	1973 ^a	1983 ^b	1988 ^c	1993 (West) ^c	1998 (West) ^c	1993 (Ost) ^c	1998 (Ost) ^c
1. Quintil	0,8	-0,2	-0,7	0,0	-0,3	0,3	-0,3
2. Quintil	2,0	1,1	1,7	2,3	1,9	3,1	2,6
3. Quintil	5,7	5,5	7,4	10,4	9,5	6,4	7,4
4. Quintil	13,5	23,5	24,7	26,3	25,9	15,4	19,8
5. Quintil	78,0	70,1	66,9	61,0	63,0	74,8	70,3

Anmerkung: Der in den Untersuchungen verwendete Vermögensbegriff umfasst das Bruttogeld- und das Bruttoimmobilienvermögen abzüglich der Schulden für Konsumenten- und Wohnungsbaukredite. Das Gebrauchsvermögen ist nicht in die Vermögensberechnung einbezogen worden. Das Produktivvermögen ist bei den eigenen Berechnungen nur in Form von börsennotierten Aktien berücksichtigt worden. Schlomann und Mierheim/Wicke haben auf der Basis von steuerlichen Einheitswerten das Produktivvermögen in Verkehrswerte umgerechnet. Da dieses Produktivvermögen sehr ungleich verteilt ist und vor allem von Haushalten des 5. Quintils gehalten wird, ergibt sich ein – im Vergleich zu den eigenen Berechnungen – höherer Anteilswert dieses Quintils am Nettogesamtvermögen (Schlomann 1992, 157ff. und Mierheim/Wicke 1978, 68).

Quellen: a) Mierheim/Wicke 1978, 58, b) Schlomann 1992, 137, c) eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank der Professur für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Verteilungs- und Sozialpolitik der Goethe-Universität Frankfurt a.M.

Erkennbar ist hierbei, dass das 1. Quintil über praktisch keinerlei Vermögen verfügt. Im Gegenteil ist es in einzelnen Untersuchungsjahren sogar so, dass diese untersten 20 Prozent aller Haushalte durchschnittlich negative Nettogesamtvermögen aufweisen. Hierbei ist jedoch darauf hinzuweisen, dass das Gebrauchsvermögen bei den verwendeten Vermögensbegriffen nicht einbezogen worden ist. Daher kann es durchaus in vielen Fällen so sein, dass Konsumentenkredite in die Berechnung der aufgeführten Vermögenswerte eingeflossen sind und somit die Vermögenswerte vermindert haben. Die diesen Krediten gegenüberstehen Vermögenswerte haben jedoch keine Berücksichtigung gefunden.

Auch für das 2. Quintil lässt sich feststellen, dass bei diesen Haushalten nur vergleichsweise geringe Anteile am Gesamtvermögen zu finden sind, die im Bereich von etwa 2 Prozentpunkten liegen. Für den betrachteten Zeitraum von 25 Jahren ergibt sich für die beiden unteren Quintile insgesamt keine wesentliche Veränderung ihrer prozentualen Anteile am gesamten Nettovermögen auf niedrigem Niveau.

Anders gestaltet sich die Situation für das 3. Quintil. Hier hat sich von 1973 bis 1993 fast eine Verdoppelung des Anteils von 5,7 Prozent auf 10,4 Prozent ergeben. Jedoch ist in den folgenden fünf Jahren wiederum eine leichte Stagnation auf 9,5 Prozent zu konstatieren. Die nächst höheren Haushalte des 4. Quintils erreichen Anteilswerte am Vermögen, die über ihrem Anteilswert an der Gesamtbevölkerung von 20 Prozent liegen. Dies ist allerdings erst seit dem Jahr 1983 der Fall, wobei sich in den davor liegenden 10 Jahren eine starke Steigerung des Anteils des 4. Quintils ergeben hat. Lag dieser Anteil 1973 noch bei 13,5 Prozent, so erreichte er 1983 schon 23,5 Prozent. In den folgenden 15 Jahren hat sich dann keine große Veränderung mehr aufgezeigt.

Das 5. Quintil kann den überwiegenden Teil des gesamten Vermögens aufweisen. Insbesondere im Jahr 1973 lag dieser Wert mit 78 Prozent vergleichsweise hoch. Danach gab es eine starke Abnahme des Anteilswertes bis 1993, als das 5. Quintile nur noch 61 Prozent erreichte. In den folgenden fünf Jahren ist eine leichte Trendumkehr zu beobachten, so dass dieses höchste Quintil inzwischen wieder 63 Prozent des gesamten Vermögens erreichen kann.

Für Ostdeutschland liegen nur für die Jahre 1993 und 1998 Ergebnisse vor. Diese Ergebnisse stimmen jedoch vergleichsweise stark mit den Resultaten Westdeutschlands überein. So verfügt auch in Ostdeutschland das unterste Quintil praktisch über kein Vermögen. Das 2. Quintil erreicht mit 2,6 Prozent im Jahr 1998 nur einen minimalen Wert. Im Gegensatz dazu erreicht das 4. Quintil mit 19,8 Prozent ein Ergebnis, welches in etwa dem Anteil dieses Quintils an allen Haushalten entspricht.

Die ostdeutschen Haushalte des 5. Quintils können noch höhere Anteilswerte am Gesamtvermögen erreichen, als dies die entsprechenden westdeutschen Haushalte des höchsten Quintils tun. Wenn auch eine leichte Abnahme im Zeitraum von 1993 bis 1998 zu beobachten ist, so sind diese Werte mit 70,3 Prozent in 1998 doch noch vergleichsweise hoch. Wie getrennte Berechnungen ergeben haben, hat sich hierbei die Konzentration des Geldvermögens in Ostdeutschland in den letzten fünf Jahren erhöht.¹² Die aufgezeigte gegenläufige Abnahme des Anteils des 5. Quintils am Gesamtvermögen ist hingegen auf eine gleichmäßigere Verteilung

¹² Vgl. Stein 2001, 3.

des Immobilienvermögens insbesondere aufgrund der gestiegenen Eigentümerquoten in Ostdeutschland zurückzuführen.

Schließlich wird in der Tabelle 8 noch der Gini-Koeffizient bezogen auf das Nettogesamtvermögen auf Haushaltsebene untersucht. Durch dieses zusammenfassende Ungleichheitsmaß soll die Struktur der Verteilung in einer Maßzahl dargestellt werden.

Tabelle 8: Gini-Koeffizienten für das Nettogesamtvermögen und das Haushaltsnettoeinkommen privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland von 1973 bis 1998

Bezugsjahr	Gini-Koeffizienten auf Haushaltsebene						
	1973	1983	1988	1993 (West)	1998 (West)	1993 (Ost)	1998 (Ost)
Gesamtvermögen	0,748 ^a	0,701 ^b	0,668 ^c	0,622 ^c	0,640 ^c	0,694 ^c	0,676 ^c
Einkommen ^d	0,309	0,327	0,329	0,333	0,335	0,288	0,302

Anmerkung: Der Wert von 0,748 von Mierheim/Wicke ist als Lorenzsches Konzentrationsmaß angegeben. Dieses entspricht jedoch einem gleich hohen Wert des Gini-Koeffizienten von 0,748 (Kromrey 1998, 437).

Quelle: a) Mierheim/Wicke 1978, 59, b) Schломann 1992, 139, c) eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank der Professur für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Verteilungs- und Sozialpolitik der Goethe-Universität Frankfurt a.M., d) Die Berechnungen der Gini-Koeffizienten für das monatliche Nettoeinkommen auf Haushaltsebene sind von Frau Dr. Irene Becker auf Basis der EVS-Datenbank der Professur für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Verteilungs- und Sozialpolitik der Goethe-Universität Frankfurt a.M. durchgeführt worden. Demgegenüber liegen die Gini-Werte für die Nettoäquivalenzeinkommen auf Personenebene 1998 bei etwa 0,26 in Westdeutschland sowie bei 0,22 in Ostdeutschland und zeigen seit 1973 eine zunehmende Tendenz (Hauser/Becker 2001, 89 und 105).

Erkennbar wird hierbei für Westdeutschland, dass der Gini-Koeffizient seit 1973 von 0,748 stark auf 0,622 im Jahre 1993 gesunken ist. Danach kam es zu einem Stoppen dieser Entwicklung in Richtung einer gleichmäßigeren Verteilung, so dass der Gini-Koeffizient fünf Jahre später wieder leicht auf 0,64 angestiegen ist. Die entsprechenden Werte für Ostdeutschland liegen auf einem noch höheren Ungleichheitsniveau, wobei wiederum die geringere Eigentümerquote in den östlichen Bundesländern eine entscheidende Bedeutung hat. Der zu beobachtende Rückgang des Wertes für den Gini-Koeffizienten in Ostdeutschland von 0,694 im Jahre 1993 auf 0,676 im Jahr 1998 ist wiederum vor allem auf den Anstieg der Eigentümerquote für Haus- und Grundbesitz zurückzuführen.

Insgesamt bestätigen die Ergebnisse des Gini-Koeffizienten das schon aus der Quintilsdarstellung erkennbare Resultat einer ungleichen Verteilung. Dies wird insbesondere bei dem Vergleich der Gini-Koeffizienten für das Nettovermögen mit den ebenfalls aufgeführten Werten der Gini-Koeffizienten für das Haushaltsnettoeinkommen deutlich.

4 Zusammenfassung

Die hier vorgestellte Untersuchung des Vermögens privater Haushalte als ein möglicher Indikator für den Wohlstand einer Gesellschaft hat für die Bundesrepublik Deutschland einen starken Anstieg der Vermögen seit 1970 aufgezeigt. Dies gilt sowohl für die makroökonomischen Resultate der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank als auch für die mikroökonomischen Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben des Statistischen Bundesamts. Allerdings werden auch wesentliche Unterschiede im Aussagegehalt der einzelnen Datensätze deutlich. Während die Finanzierungsrechnung eine Steigerung des Nettovermögens um 808 Prozent in 27 Jahren aufweist (von 1,3 Billionen DM im Jahr 1970 auf 12,1 Billionen DM im Jahr 1997) lautet der entsprechende Prozentwert auf der Berechnungsbasis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben nur 280 Prozent in 25 Jahren bei einer wesentlich niedrigeren Gesamthöhe in späteren Untersuchungen (von 2,2 Billionen DM im Jahr 1973 auf nur 8,3 Billionen DM im Jahr 1998).

Die Untersuchung der Daten der EVS hat aufgezeigt, welche große Bedeutung das Immobilienvermögen für die Vermögenssituation der privaten Haushalte hat. Allerdings ist es nicht so, dass alle Haushalte über Eigentum an Grund- und Hausbesitz verfügen. In Westdeutschland hat es zwar eine starke Steigerungen der Eigentümerquote seit 1961 gegeben. Seit 1993 ist jedoch eine Stagnation bei etwa 50 Prozent zu konstatieren.

Die Analyse der Vermögensverteilung nur bezogen auf die westdeutschen Haushalte hat im Zeitraum von 1973 bis 1993 eine abnehmende Konzentration sowohl bei der Betrachtung der Anteile einzelner Haushaltsquintile am Nettogesamtvermögen als auch bei der Analyse des Gini-Koeffizienten ergeben. Allerdings hat sich dieser Trend in den Jahren bis 1998 nicht weiter fortgeführt. Für das Jahr 1998 ist in Westdeutschland feststellbar, dass die unteren 40 Prozent der Haushalte über praktisch kein Vermögen verfügen, während das oberste Quintil über 60 Prozent des Gesamtvermögens aufweisen kann.

Für Ostdeutschland sind starke Anpassungstendenzen hin zu den Werten der westdeutschen Bundesländer festzustellen. Dies betrifft einerseits die absolute Höhe der Vermögenswerte, auch wenn diese bisher nur 38 Prozent des entsprechenden Wertes westdeutscher Haushalte bei einer Betrachtung der Durchschnittswerte je Haushalte im Jahr 1998 erreichen. Andererseits ist auch die Eigentümerquote an Haus- und Grundbesitz nach der Wiedervereinigung stark angestiegen. Durch dieses Immobilieneigentum auf breiterer Basis wird die Ungleichheit der Vermögensverteilung in Ostdeutschland im Zeitablauf etwas verringert, so dass der Gini-Koeffizient in den Jahren von 1993 zu 1998 leicht gesunken ist. Jedoch kann auch für die neuen Bundesländer festgestellt werden, dass die unteren 40 Prozent der Haushalte über

praktisch kein Vermögen verfügen, während das oberste Quintil ostdeutscher Haushalte sogar über 70 Prozent des Gesamtvermögens aufweisen kann.

Feststellbar ist weiterhin eine hohe Übereinstimmung der Vermögensverteilung in Ost- und Westdeutschland. Sowohl die Vermögensverteilung auf der Basis der Quintilswerte als auch die Resultate der Gini-Koeffizienten weisen ähnliche Ergebnisse auf, wobei eine starke Angleichungstendenz zwischen beiden Landesteilen gegeben ist.

Diese Ähnlichkeit der Ergebnisse kann nur als erstaunlich bezeichnet werden, wenn man bedenkt, dass beide Landesteile für über 40 Jahre unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Leitbildern gefolgt sind – die Bundesrepublik Deutschland der sozialen Marktwirtschaft und die Deutsche Demokratische Republik der sozialistischen Planwirtschaft.

5. Bibliographie

- Deutsche Bundesbank (1993): Zur Vermögenssituation der privaten Haushalte in Deutschland. In: Monatsbericht Oktober 1993, 19-32.
- Deutsche Bundesbank (1999): Zur Entwicklung der privaten Vermögenssituation seit Beginn der neunziger Jahre. In: Monatsbericht Januar 1999, 33-50.
- Hauser, Richard (2001): Einkommen und Vermögen. In: Schäfers, Bernhard/ Zapf, Wolfgang (Hrsg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, 2. Auflage, Opladen, S. 157-170.
- Hauser, Richard/ Becker, Irene (2001): Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialforschung, Bonn.
- Hauser, Richard/ Stein, Holger (2001): Die Vermögensverteilung in vereinigten Deutschland, Frankfurt am Main.
- Heinelt, Peter (1994): Finanzierungsrechnung. In: Brümmerhoff, Dieter/ Lützel, Heinrich (Hrsg.), Lexikon der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, München, S. 130-135.
- Kromrey, Helmut (1998): Empirische Sozialforschung, 8. Auflage, Opladen.
- Miegel, Meinhard (1983): Die verkannte Revolution (1) – Einkommen und Vermögen der privaten Haushalte, Stuttgart.
- Mierheim, Horst/ Wicke, Lutz (1978): Die personelle Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland. Tübingen.
- Münnich, Margot (1999): Haus- und Grundbesitz sowie Wohnverhältnisse privater Haushalte in Deutschland. In: Wirtschaft und Statistik 3/1999, S. 210-220.
- Ring, Alexander M. (2000): Die Verteilung der Vermögen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main.
- Schlomann, Heinrich (1992): Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, Frankfurt am Main.
- Schüssler, Reinhard/ Lang, Oliver/ Buslei, Hermann (2000): Wohlstandsverteilung in Deutschland 1978 – 1993, Düsseldorf.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2000): Jahresgutachten 2000/01 mit dem Titel „Chancen auf einen höheren Wachstumspfad“, Bonn, S. 265-269.
- Statistisches Bundesamt (1991): Wirtschaftsrechnungen – Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988. Fachserie 15, Heft 2: Vermögensbestände und Schulden privater Haushalte, Stuttgart.

- Statistisches Bundesamt (1994): Wirtschaftsrechnungen – Einkommens- und Verbrauchss-
tichprobe 1983 und 1988. Fachserie 15, Heft 7: Aufgabe, Methode und Durchführung,
Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (1997): Wirtschaftsrechnungen – Einkommens- und Verbrauchss-
tichprobe 1993. Fachserie 15, Heft 7: Methode und Durchführung, Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (1999): Statistisches Jahrbuch 1999 für die Bundesrepublik Deutsch-
land, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2000): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Fachserie 18, Rei-
he 1.2: Konten- und Standardtabellen, Stuttgart.
- Stein, Holger (2001): Trend zu abnehmender Konzentration der Vermögen scheint gestoppt.
In: ISI 25 (Informationsdienst Soziale Indikatoren, Ausgabe 25), S. 1-4.
- Thiele, Silke (1998): Das Vermögen privater Haushalte und dessen Einfluß auf die soziale
Lage, Frankfurt am Main.